



Liebe Leserinnen und Leser,

es sollte eine ganz normale Sitzungswoche werden, die Woche vom 23.11. bis zum 27.11.2009. Aber es kam anders.

Dienstag konstituierten sich zunächst die Arbeitsgruppen der Fraktion, die den Ausschüssen entsprechend gebildet wurden. Ich gehöre den Arbeitsgruppen „Arbeit und Soziales“, „Sport“ und „Familie“ an. Die Vorsitzenden und auch die Obmänner wurden gewählt. Allen Kollegen wurden Bereiche zugeteilt, in denen sie in Zukunft als Berichterstatter in der Fraktion, aber auch im Plenum des Bundestages, Verantwortung tragen werden. Mir fiel der Bereich SGB XII zu. Am Nachmittag tagte die Fraktion, um die Plenardebatte für Mittwoch Nachmittag vorzubereiten.

Mittwoch morgens kamen alle Ausschüsse zum ersten Mal zusammen. Auch hier standen zunächst vor allem die Wahlen der Vorsitzenden und deren Stellvertreter im Vordergrund. Der Ausschuss „Arbeit und Sozialordnung“ wird von der Linken Katja Kipping geführt.

Das Plenum begann Donnerstag um 9 Uhr. Für die Mitglieder des Ausschusses „Arbeit und Sozialordnung“ endete der Tag um 22 Uhr mit der Debatte über die Regelung der Anrechnung der Ferienjobs bei ALG II-Empfängern.

In der Tagesordnung ausgewiesenes Thema war Vormittags die Fortsetzung der Debatte über die Beteiligung bewaffneter Streitkräfte in Afghanistan. Aber die Abgeordneten der Opposition interessierten sich mehr für die Meldungen über Minister Jung in der Bildzeitung. So wurde gefordert, dass er zu den Aussagen der Zeitung Stellung beziehen solle. Da das Abstimmungsergebnis per Akklamation nicht eindeutig schien, kam es zum Hammelsprung: wir verließen alle den Plenarsaal und betraten ihn durch eine der Abstimmungstüren „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ wieder. Diese Form der Abstimmung ist äußerst selten. Dabei wollte Minister Jung von sich aus Stellung beziehen. Er wollte und will weiterhin die lückenlose Aufklärung. Die politische Verantwortung hat er heute mit seinem Rücktritt übernommen, wofür ich ihm Respekt zolle.

Ihre

M. Heil

Mechthild Heil MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon (030) 227 77 040
Telefax (030) 227 76 423
Em@il mechthild.heil@bundestag.de
www.mechthild-heil.de

Themenschwerpunkt „Arbeit und Soziales“

Mechthild Heil wird in der neuen Legislaturperiode im Bundestagsausschuss für „Arbeit und Sozialordnung“ mitarbeiten. Das Aufgabenspektrum der Arbeitsgruppe „Arbeit und Soziales“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion reicht schwerpunktmäßig von der Arbeitsmarktpolitik, dem Arbeitsrecht, der Arbeitslosen-, der Renten- und der Unfallversicherung bis zur Behindertenpolitik. Von den insgesamt zwölf Sozialgesetzbüchern fallen allein neun Bücher in den Zuständigkeitsbereich der Arbeitsgruppe.

Mechthild Heil wurde in dieser Woche das Berichterstattergebiet „SGB XII – Sozialhilfe“ zugesprochen. Dazu gehören so wichtige Themen wie Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung und die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen.

Sportförderung ist politische Querschnittsaufgabe



Die CDU-Bundestagsabgeordnete Mechthild Heil ist neues Mitglied im Sportausschuss des Deutschen Bundestages. Die begeisterte Sportlerin aus Andernach bezeichnet dies für sich als maßgeschneiderte „Wunschaufgabe“. „Meine Verbundenheit zum Breiten- und Spitzensport sowie zu den Vereinen in meinem Wahlkreis kann ich damit in besonderer Weise zum Ausdruck bringen,“ so die Christdemokratin. Mechthild Heil betont, dass Sportpolitik in ihren Augen eine lohnende Querschnittsaufgabe über viele Politikfelder ist.

Foto: Mechthild Heil mit Biathlon-Weltmeisterin Petra Behle bei der „Tour der Hoffnung“

Klausurergebnisse von Meseberg

Die unionsgeführte Bundesregierung hat in der vergangenen Woche auf ihrer Klausur in Meseberg ein anspruchsvolles Arbeitsprogramm für die kommenden Monate vorgelegt. Im Bereich Klimaschutz, Elektromobilität und Bürokratieabbau hat sich die Regierung konkrete und engagierte Ziele gesetzt, die zeigen, dass wir mit hoher Geschwindigkeit darangehen, die Probleme unseres Landes zu lösen.

Einen besonderen Schwerpunkt unserer Arbeit bildet die Bewältigung der demographischen Herausforderung. Wir alle wissen: Die Menschen in unserem Land werden immer älter, während deutlich weniger Kinder geboren werden als vor dreißig Jahren. Im Jahr 2050 werden 80 Rentner auf 100 Beitragszahler kommen.

Das zeigt: Wir stehen vor großen Aufgaben. Die Bundesregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind sich ihrer besonderen Verantwortung bewusst. Wir werden in den kommenden Jahren auf zahlreichen Politikfeldern die Weichen dafür stellen, den demographischen Wandel als Chance zu nutzen. Mit den Beschlüssen von Meseberg hat die Bundesregierung wichtige Schritte in diese Richtung unternommen. Dazu gehört auch der zügige Ausbau einer schnellen Internetverbindung in den ländlichen Räumen. Gerade die demographische Veränderung verlangt von uns besondere Anstrengungen, um den ländlichen Raum als attraktiven Lebensraum zu erhalten.

Sachverständigenrat: Ende des Wirtschaftseinbruchs

Die wirtschaftliche Talfahrt aufgrund der internationalen Finanzmarktkrise ist nach Einschätzung der Wirtschaftsweisen zu einem Ende gekommen und es bestehen gute Chancen, dass sich im nächsten Jahr bereits eine leichte Erholung anschließen wird. So prognostiziert der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten für das Jahr 2010 einen Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Leistungen von +1,6%.

Erfreulich ist auch, dass die zu Anfang des Jahres geäußerten Befürchtungen über einen Anstieg der Zahl der Arbeitslosen auf fünf Millionen im nächsten Jahr wohl nicht Realität werden. Die Politik der Bundesregierung hat, wie der Sachverständigenrat feststellt, mit ihren Maßnahmen einen entscheidenden Anteil an dem Erfolg, die Auswirkungen der schlimmsten Wirtschafts- und Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik einzudämmen. Ohne das rasche und entschlossene Handeln der Bundesregierung wäre, so die Wirtschaftsweisen, alles noch viel schlimmer gekommen.

Wichtige Aufgaben verbleiben aber noch zu meistern, der Weg aus der Krise ist noch immer mit einer Reihe von Risiken behaftet. Das Problem einer möglichen Verknappung der Kreditversorgung könnte eine sich selbst tragende konjunkturelle Erholung gefährden und muss deshalb im Auge behalten werden. Die Reformen für eine stabile Finanzmarktarchitektur müssen zügig vorangetrieben und bestehende regulatorische Defizite beseitigt werden. Ebenso wichtig ist die konsequente Rückführung der Neuverschuldung nach der endgültigen Bewältigung dieser Krise. Diesen Aufgaben wird die Fraktion von CDU und CSU großes Augenmerk schenken in den nächsten Monaten und Jahren.

Deutschlands Sicherheit in der Welt

In dieser Woche stehen drei Mandate für Auslandseinsätze der Bundeswehr zur Verlängerung an. Mit ihrer Arbeit in Afghanistan und vor der Küste des Libanon leisten unsere Soldatinnen und Soldaten einen unverzichtbaren Beitrag zur Bekämpfung von Waffenschmuggel und Terrorismus und legen damit den Grundstein für eine friedliche Entwicklung in den betroffenen Gebieten. Gleichzeitig verteidigen sie Deutschlands Sicherheit und unsere Interessen. Deutschland ist fest eingebunden in die Strukturen der Europäischen Union und des Nordatlantikvertrags und trägt als zuverlässiger Bündnispartner entscheidend zur Funktionsfähigkeit dieser Bündnisse bei.

Die Erfolge, die während des bisherigen Einsatzes erreicht wurden, sind beachtlich, dennoch sind wir noch nicht am Ziel: Der zivile Wiederaufbau in Afghanistan verlangt auch weiterhin nach militärischer, ziviler und logistischer Unterstützung durch die Bundeswehr.

Auch vor der Küste des Libanon muss weiterhin verhindert werden, dass die Hamas über See mit Waffen versorgt wird. Andernfalls wird es im Nahen Osten nicht zu einer dauerhaften Friedenslösung kommen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt unsere Soldatinnen und Soldaten und dankt ihnen für ihren bisherigen und zukünftigen Einsatz. Wir werden immer ein verlässlicher Partner unserer Streitkräfte sein.

Bewältigung der Krise in der Landwirtschaft

Die Aufrechterhaltung einer flächendeckenden Landbewirtschaftung sowie die Erhaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse sind ein zentrales Ziel der Agrarpolitik der Bundesregierung. Für eine flächendeckende Landbewirtschaftung hat die Milchviehhaltung auf Grünland eine herausragende Bedeutung. Die Milcherzeugung befindet sich insbesondere in für unsere Kulturlandschaft typischen Regionen, wie unseren Urlaubsregionen in den Alpen, den Mittelgebirgen und an den Küsten. Grünlandflächen, die insbesondere für die Milcherzeugung genutzt werden, speichern erhebliche Mengen Kohlenstoff; ihre Erhaltung ist deshalb auch aktiver Klimaschutz. Darüber hinaus haben Grünlandflächen auch eine wichtige Funktion für die Erhaltung der Artenvielfalt.

Die Bundesregierung hat deshalb auf die Krise in der Landwirtschaft mit einem ganzen Bündel von Maßnahmen reagiert, die in den kommenden zwei Jahren die landwirtschaftlichen Betriebe deutlich entlasten werden. Zentrales Element dieses Maßnahmenbündels ist das in den Koalitionsvereinbarungen für die kommenden zwei Jahre vorgesehene Sonderprogramm für die Landwirtschaft mit Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen in Höhe von insgesamt 750 Mio.:

- ein 500 Mio. € umfassendes Grünlandmilchprogramm
- eine Aufstockung des Bundeszuschusses an die Landwirtschaftliche Unfallversicherung um insgesamt 200 Mio. €
- ein mit 50 Mio. € ausgestattetes Krisenliquiditätsprogramm

Diese Woche im Parlament

In dieser Woche werden wir die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungsgruppe in Afghanistan (ISAF)** unter Führung der NATO beschließen. Das deutsche ISAF-Kontingent wird weiterhin maximal 4.500 Soldatinnen und Soldaten umfassen und hat zum Ziel, die afghanische Regierung bei der Gewährleistung eines sicheren Umfelds zu unterstützen. Ein stabiles Afghanistan liegt im vitalen deutschen Interesse. Die Fortsetzung des internationalen Engagements ist erforderlich, um einen Rückfall Afghanistans in die Zeit des Bürgerkrieges und der Terrorherrschaft der Taliban zu verhindern.

Auch die **Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL)** steht zur Entscheidung an. Die deutsche Beteiligung an der UNIFIL Maritime Task Force (MTF)-Mission vor der libanesischen Küste ist Teil unseres Einsatzes für einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten. Mit der Mandatsverlängerung bis zum 30. Juni 2010 bringt Deutschland seinen Willen zum Ausdruck, auch im Libanon weiter zur Stabilisierung des Nahen Ostens wesentlich beizutragen. Im Lichte der bisherigen Erfolge und unter Berücksichtigung des dabei erreichten libanesischen Fähigkeitszuwachses ist eine Absenkung der Obergrenze der deutschen Beteiligung von 1.200 auf 800 Soldatinnen und Soldaten vorgesehen.

Wir haben zudem die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der **Operation Enduring Freedom (OEF)** bis zum 15. Dezember 2010 beschlossen. Das Mandat schließt NATO-Operationen im Rahmen von **Operation Active Endeavour** mit ein. Die internationale Gemeinschaft darf in ihren umfassenden Anstrengungen zur wirksamen Beseitigung der gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Umstände, die das Entstehen von Terrorismus begünstigen, nicht nachlassen. Die Operation Enduring Freedom sowie die Einsätze der NATO im Mittelmeer im Rahmen der Operation Active Endeavour sind ein angemessener militärischer Beitrag zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Mit der vorgesehenen Personalobergrenze von 700 Soldaten ist Deutschland weiterhin in der Lage, das erforderliche Fähigkeitsprofil für den Anti-Terror-Einsatz am Horn von Afrika und im Mittelmeerraum abzubilden.

In erster Lesung haben wir das **6. Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch** beraten, welches die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft im Jahr 2010 nach der gesetzlich verankerten Anpassungsformel festlegt. Die Anpassung folgt auf Basis der Zahl der Bedarfsgemeinschaften. Die Anpassungsformel wurde im Jahre 2006 nach umfassenden und detaillierten Verhandlungen mit den Ländern vereinbart, um weitere jährliche Verhandlungen zur Anpassung der Bundesbeteiligung zu vermeiden und die Höhe der Beteiligung auf eine eindeutige und belastbare Datenbasis zu stellen.

Daten

Fakten

Auto steht für Berufspendler an erster Stelle

Etwa 60 Prozent der Berufstätigen legten im Jahr 2008 den täglichen Weg zur Arbeit mit dem Auto zurück. Insbesondere der öffentliche Personennahverkehr hat an Attraktivität für Pendler verloren. Die Ursachen der Entwicklung können noch nicht abschließend beantwortet werden. Fest steht allerdings, dass sich die Entfernung und der Zeitaufwand für den Weg zur Arbeitsstätte in den letzten 12 Jahren erhöht haben: 68,2 Prozent der Erwerbstätigen geben an, weniger als 30 Minuten unterwegs zu sein, während es vor zwölf Jahren noch 72,8 Prozent waren.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Ältere Arbeitnehmer wieder stärker gefragt

Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten über 50 Jahre in Deutschland ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Während 2005 nur knapp 2,9 Millionen Menschen zwischen 50 und 54 Jahren sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren, sind es heute beinahe 3,3 Millionen. Noch deutlicher fiel der Anstieg bei den 55- bis 59-Jährigen aus: In dieser Altersgruppe stieg die Zahl der Beschäftigten von gut 1,9 auf über 2,5 Millionen. Auch bei den 60- bis 64-Jährigen war eine deutliche Zunahme von 780.000 auf 960.000 zu verzeichnen.

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Immer weniger Abwanderung von Arbeitsplätzen ins Ausland: Die

Attraktivität des Standorts Deutschlands ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Das zeigt sich auch am deutlichen Rückgang der Verlagerung von Stellen ins Ausland. Die Zahl der Verlagerungen hat sich seit 2006 um beinahe die Hälfte reduziert und liegt 2009 auf dem niedrigsten Stand seit 15 Jahren.

(Quelle: Verein Deutscher Ingenieure)